Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 132 — Donnerstag, den 8. November 1928 — 41. Jahrgang

Ab Montag wieder Reichstagssitzung.

Große Aussperrungsdebatte. — Außenpolitische Aussprache. Der Kommunalpolitische Ausschuß.

Berlin, 7. November.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß in seiner gestrigen Sitzung, daß der Reichstag schon am Montag, den 12. November, zusammentreten und als ersten Gegenstand die Anträge zur Aussperrung in Westdeutschland und Aenderung des Schlichtungswesens beraten soll.

In der zweiten Hälfte der Woche wird die außenpolitische Aussprache über Genf, Reparationen und Rheinlandräumung mit den dazu gehörigen Anträgen vom Außenminister Dr. Stresemann durch eine Regierungserklärung eingeleitet. Nach Abschluß der außenpolitischen Aussprache kommen die Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zur Verhandlung.

Bald nach dem Zusammentritt des Reichstages wird vom Präsidenten Löbe eine Konferenz der Vorstände der großen Gemeindeverbände mit den Parteiführern wegen Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses einberufen werden. Da die acht Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei als Hospitanten zur Wirtschaftspartei hinzugetreten sind, soll die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend neu geregelt werden.

Die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches.

Feststellungsklage im Ruhrkampf.

Essen, 7. November.

Der Arbeitgeberverband Nord-West hat die Feststellungsklage über die Rechtsgültigkeit des Lohnschiedsspruches vom 27. Oktober nunmehr beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereicht. Das Arbeitsgericht Duisburg hatte die Verhandlungen ursprünglich auf den 23. November festgesetzt. Auf Einwirken der am Streit beteiligten Parteien wurde der Termin aber auf den 16. November vorverlegt. Wahrscheinlich wird man sich mit dieser Entscheidung aber nicht zufrieden geben, sondern in der Sprungrevision das Urteil des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig erstreben.

In den einzelnen Stadtparlamenten sind Bestrebungen im Gange, den ausgesperrten Arbeitern eine Unterstützung in Form von Naturalien zukommen zu lassen, wie das schon bei dem großen Bergarbeiterstreik im Januar 1924 geschah.

Keine Erwerbslosenunterstützung für die Ausgesperrten.

Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung wird jetzt amtlich mitgeteilt:

Unbeschadet einer Entscheidung im Spruchverfahren hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung eingehend die Frage geprüft, ob Arbeitnehmer, die von der Massenentlassung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie betroffen sind, Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Er muß jedoch diese Frage verneinen. Er betrachtet die Massenentlassung als eine Aussperrung. Arbeitslose, die ausgesperrt sind, dürfen aber nach Paragraph 94 Abs 1 AVAVG. während der Dauer der Aussperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Preußischer Landtag zum Ruhrkonflikt.

Stellungnahme der Regierung steht noch aus.

Berlin, 7. November.

Der Preußische Landtag begann gestern seine große Aussprache über die Metallarbeiteraussperrung im Ruhrgebiet mit einiger Verzögerung. Der Konkurs einer Spandauer Schuposiedlung wurde von den Kommunisten zu einem Krach ausgenutzt, bei dem es mehrere Ordnungsrufe gab und zu dessen Schlichtung der preußische Innenminister Grzcinski herbeigerufen wurde. Vier weitere Punkte der Tagesordnung waren in einer Stunde erledigt.

Es folgte sodann die Aussprache über die Aussperrung der Metallarbeiter. Den Beratungen lagen zwei kommunistische Anträge, ein sozialdemokratischer und zwei große Anfragen des Zentrums und der Demokraten zugrunde.

Als wesentlich ergab sich aus den Reden der Antragsteller, daß sie die preußische Regierung aufforderten, bei der Reichsregierung für eine baldige Schlichtung des Arbeitskonflikts hinzuwirken. Bezeichnend war, daß fast sämtliche Parteien für eine Bereinigung des Konfliktes eintraten.

Die Verhandlungen wurden indessen nicht zu Ende geführt, sondern wurden heute mittag fortgesetzt. Dann ist auch die Stellungnahme der Staatsregierung zu erwarten, die bereits gestern zugesagt worden war.

Kabinettskrise in Paris.

Obwohl man es in Pariser parlamentarischen Kreisen als wahrscheinlich angesehen hatte, daß der alte Führer der radikalsozialen Partei, Herriot, es trotz der Stellungnahme des radikalsozialen Parteitages fertig bekommen würde, durch seine Anpassungsfähigkeit und durch seine schmiegsame Verhändlergabe dem Kabinett Poincaré in diesem außenpolitisch so überaus entscheidungsschwangeren Augenblick eine Krise zu ersparen, sind nunmehr die radikalsozialen Minister aus dem Kabinett Poincaré ausgeschieden. Poincaré selbst sah sich daraufhin im Rückblick auf seine früheren Erklärungen genötigt, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts noch am gleichen Tage einzureichen.

Auf dem radikalsozialen Parteitag, der vor wenigen Tagen stattfand, hatte bekanntlich der junge, als Redner und Taktiker glänzend befähigte Abgeordnete Montigny, einer der intimsten Gefolgsmannen Caillaux's und also Vertreter des linken Flügels der Partei, eine Tagesordnung eingebracht, die schärfste Kampfansage gegen das Kabinett Poincaré bedeutete und die von der Tagung angenommen wurde. In dieser Tagesordnung wandte sich der Parteitag gegen die bekannten Artikel 70 und 71, d. h. gegen die Wiederzulassung einiger derjenigen katholischen Brüderschaften und Verbände, die durch das Gesetz von 1904 aus Frankreich verwiesen worden waren und denen jetzt gleichzeitig mit ihrer Rückkehr auch ein Teil ihres früheren, seinerzeit beschlagnahmten Besitzes zurückgegeben werden soll. Außerdem wurde es den radikalsozialen Abgeordneten durch die Tagesordnung Montigny zur Pflicht gemacht, für eine Verringerung der Militärausgaben um eine Milliarde, für den Ausbau der Steuern, für uneingeschränktes Koalitionsrecht einzutreten und derjenigen Regierung ihre Stimme zu verweigern, die dieses Minimalprogramm der radikalsozialen Partei nicht annehmen würde. Poincaré selbst hat sich in allen diesen Fragen seit langem in einem Sinne festgelegt, der den radikalsozialen Forderungen diametral entgegengesetzt ist. Es ist somit nicht recht verständlich, wie die Pariser parlamentarischen Kreise trotzdem einen krisenlosen Ausgang prophezeien konnten. Wie so oft wird eben wieder einmal der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein.

Mit dem Rücktritt der radikalsozialen Minister wiederholt sich im großen, d. h. auf dem Felde der allgemeinen französischen Politik, das gleiche Spiel, das die inneren Vorgänge in der radikalsozialen Partei bereits seit Monaten beherrscht: der Kampf zwischen Caillaux und seinen entschieden gegen jede Zusammenarbeit mit den Kreisen um Poincaré eintretenden Freunden gegen den einer Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Mitte eher geneigten Herriot und seine Gefolgschaft. Caillaux hat bei diesem Kampf vorläufig die Oberhand behalten. Er und seine Freunde empfinden, abgesehen von den recht stark mitsprechenden persönlichen Momenten, das Zusammengehen mit den Politikern des früheren nationalen Blocks als eine schwere Belastung für die radikalsoziale Partei, deren schlechtes Abschneiden in den letzten Wahlen sie gerade auf diesen Umstand zurückführen. Sie empfinden die augenblickliche Lage, in der Poincaré nach der erfolgten Stabilisierung des Franken seines Hauptnimbus als wirtschaftlicher Retter des Vaterlandes im wesentlichen schon wieder entkleidet ist, wo die außenpolitische Situation durch die Gefährdung der in den radikalsozialen Massen populären Locarnopolitik und das gemeinsame Scheitern des Abrüstungsgedankens und der neuen französisch-englischen Annäherung eine ungewöhnlich komplizierte ist, als taktisch geeignet, um endlich die Sprengkapsel in das Kabinett der bekämpften Poincaré-Koalition zu legen und der radikalsozialen Partei ihre parlamentarische Aktionsfreiheit zurückzugeben.

Daß man als äußeren Anlaß zu dem seit Wochen im Gange befindlichen Kampf gegen das Kabinett gerade die Frage der Rückkehr der katholischen Verbände genommen hat, ist keinem Kenner der französischen Verhältnisse weiter verwunderlich. Der seinerzeit von den Radikalsozialen noch unter Führung Clémenceaus durchgefochtene Kampf gegen Klöster und Geistlichkeit schwingt noch heute in den Seelen der gesamten linksgerichteten französischen Wählerschaft nach, und die radikalsoziale Partei hätte sich als Kulisse für ihre machtpolitischen Wünsche kaum einen geeigneteren Gegenstand wählen können. Caillaux, der sich unbedingt wieder an die Spitze seiner Partei zu setzen wünscht, hat in keiner Weise die Niederlage vergessen, die er unmittelbar nach seinem Wiedereintritt in das politische Leben als Finanzminister bei seinen Versuchen zur Rettung des Franken einstecken mußte. Dieser kalt berechnende Politiker weiß genau, wie unpopulär die schweren Steuer- und Militärlasten in weitesten Kreisen der Bevölkerung sind. Es ist kaum anzunehmen, daß er danach strebt, in einem Augenblick, der so viele und bedeutsame Anforderungen an die Verantwortungsfreudigkeit eines Kabinetts stellt, selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. Aber sicher ist gerade eine Situation wie diese für eine zielbewußt geleitete Opposition durchaus geeignet, um mehr oder weniger billig erkaufte Lorbeeren einzuheimsen.

Kabinett Poincare demissioniert.

Regierung der „nationalen Einigkeit" auseinandergefallen.

Paris, 7. November.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat dem französischen Staatspräsidenten die Demission seines Gesamtkabinetts überreicht. Der Rücktritt wurde genehmigt. Ursache für diese Demission war der Rücktritt der vier Minister der radikal-sozialistischen Partei Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier. Man glaubt, daß Poincaré wieder mit der Neubildung der Regierung betraut würde.

Die Demission der radikal-sozialistischen Kabinettsmitglieder war die direkte Folge des Parteitages in Angers, wo die Radikal-Sozialisten eine Entschließung annahmen, in der der Regierung besonders scharfe Richtlinien gestellt wurden und worin insbesondere Stellung gegen die Minister der äußersten Rechten genommen wurde. Am Vormittag trat dann der Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, an der bereits die ausgeschiedenen Minister nicht mehr teilnahmen. In dieser Sitzung faßte das Kabinett den Beschluß des Gesamtrücktritts.

Wie sich die Dinge jetzt weiter entwickeln werden, steht noch dahin. In Pariser informierten Kreisen nimmt man allerdings an, daß auch diesmal wieder Poincaré mit der Neubildung der Regierung beauftragt würde, weil sich die Beschlüsse des radikal-sozialistischen Parteitages nicht so sehr gegen die Person Poincarés als vielmehr gegen die rechtsradikalen Minister wandten, mit denen die Linke nicht mehr zusammengehen will. Sollte also Poincaré die Möglichkeit sehen, ohne die radikale Rechte eine neue Regierung zu bilden, so dürfte er einen entsprechenden Auftrag des Staatspräsidenten annehmen.

Die Rumänen jubeln über Bratianus Rückkehr.

Zur Bukarester Kabinettskrise.

Bukarest, 6. November.

Die Nachricht von der Demission des Kabinetts Bratianu hat bei der Bevölkerung großen Jubel ausgelöst. In zahlreichen Orten wurden die Gebäude der liberalen Partei zerstört. Bratianu, Averescu, Jorga und Lupu suchen auf die Regentschaft in dem Sinne einzuwirken, daß sie eine Konzentrationsregierung fordern.

Welche Lösung auch immer die Krise finden wird, sicher ist, daß eine Regierung gegen die nationale Bauernpartei nur Unruhe hervorrufen würde. Deswegen kann man nur mit einer Regierung Maniu rechnen, da eine Konzentrationsregierung bei der jetzigen Lage ausgeschlossen sein dürfte.

Liberaler Wahlsieg in Nikaragua.

London, 6. November. Nach Meldungen aus Managua in Nikaragua ist, soweit sich das Wahlergebnis bisher abschätzen läßt, der liberale Kandidat General Jose Maria Moncada mit einer Mehrheit von etwa 10 000 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

Dr. Eckener verhandelt noch in Berlin.

Berlin, 7. November.

Der „Graf Zeppelin" ist gestern nachmittag um 3.30 Uhr wieder glücklich in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff hatte vor dem Niedergehen noch verschiedene Schleifen ausgeführt und wurde bei der endgültigen Landung von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begeistert begrüßt.

Der Start in Berlin erfolgte morgens kurz nach 7 Uhr. Die Berliner hatten es sich nicht nehmen lassen, auch bei dem Abschied trotz der frühen Morgenstunde anwesend zu sein. Große Menschenmassen umsäumen das Flugfeld, als endlich das Luftschiff vom Ankermast losgemacht wurde und unter brausendem Gedröhn der Propeller langsam in die morgendliche Frühe aufstieg.

Den Rückweg nahm das Luftschiff über Dessau, Halle, Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Gera, Plauen usw. Es wurde somit vielen Städten Gelegenheit gegeben, das Luftschiff auf seiner stolzen Fahrt zu bewundern.

Dr. Eckener hat die Rückfahrt mit dem Zeppelin nicht mitgemacht, sondern ist noch in Berlin geblieben. Die Verhandlungen, die er gegenwärtig führt, erstrecken sich nicht auf die von den Reichs- und Staatsbehörden anläßlich des Empfanges angekündigte Unterstützung, sondern sie gelten auch den Besprechungen mit den Vertretern der großen Schiffahrtsgesellschaften und der Lufthansa, die sich für das Problem des Transatlantikverkehrs mit Luftschiffen in hohem Maße interessieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281108-16/fragment/page=0001

Deutsch-französische Vereinbarung über die Zulassung von Arbeitnehmern.

Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist kürzlich eine Vereinbarung über die Zulassung von Arbeitnehmern zustandegekommen, die sich in Frankreich bezw. Deutschland beruflich und sprachlich fortbilden wollen. Es können männliche und weibliche Arbeitnehmer, die das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, zugelassen werden. Die Zulassung wird im allgemeinen für die Dauer eines Jahres erteilt. In Einzelfällen kann sie ausnahmsweise um 6 Monate verlängert werden. Zusammen sollen im Jahre von jeder Seite 500 Zulassungen erfolgen. Für kaufmännische und technische Angestellte ist dabei an 220 Zulassungen gedacht worden. Fälle, in denen die Beschäftigung offensichtlich nur zu Erwerbszwecken erfolgen soll oder der Betrieb für eine berufliche und sprachliche Ausbildung nicht geeignet erscheint, sind von der erleichterten Zulassung ausgeschlossen. Für derartige Bewerber gelten nach wie vor die zum Schutze des Arbeitsmarktes erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Anträge auf Zulassung von deutschen Angestellten sind an das örtliche Arbeitsamt zu richten. Dieses hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen der deutsch-französischen Vereinbarungen vorliegen. Ist dies der Fall, wird der Antrag an das Landesarbeitsamt weitergeleitet. Stimmt auch das Landesarbeitsamt dem Antrage zu, so geht dieser über die deutsche Austauschstelle in Köln, Badstraße 8—10, an die französische Zulassungsstelle. Sobald die Entscheidung dieser Stelle vorliegt, wird der Bewerber von der deutschen Zulassungsstelle benachrichtigt. Bei zustimmender Entscheidung kann er alsdann den Einreisevermerk von der französischen Auslandsvertretung beantragen, die für seinen Wohnsitz zuständig ist.

Bewerber, die von der vorstehenden Vereinbarung Gebrauch zu machen wünschen, haben einen vierseitigen Bewerbungsvordruck (Vordr. 8 b), herauszugehen bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, auszufüllen. Dieser Vordruck dürfte bei jedem Arbeitsamt zu haben sein.

Aus der Umgegend

Nebra, 8. November.

— **Verkehrsunfall.** Dienstag Nachmittag kurz nach 4 Uhr wurde das 4 Jahre alte Kind des Schuhmachermeisters Reinhold Schmidt in der Breitenstraße an der Ecke Reinsdorfer Straße von einem Kraftwagen angefahren und am Kopfe verletzt. Wie wir hören, trifft den Wagenführer keine Schuld. Der Kraftwagen kam in langsamem Tempo die Breitestraße entlanggefahren. An der Ecke Reinsdorfer Straße lief das Kind, das sich ohne Aufsicht befand, vom Bürgersteig vor den Kraftwagen. Nur der Geistesgegenwart des Führers ist es zu verdanken, daß der Unfall nicht ernstere Folgen gehabt hat. Die Eltern sollten hieraus ihre Lehren ziehen und nicht, wie täglich beobachtet werden kann, kleine Kinder ohne Aufsicht auf der Straße lassen.

— **Elternabend.** Die Pflege des Kindes ist jetzt mehr als je in den Vordergrund aller sonstigen Aufgaben der Allgemeinheit gestellt worden. Wenn nun auch der Staat vieles für die Gesundherhaltung der Kinder tut — die Hauptpflicht ruht doch auf den Schultern der Eltern. In anbetracht dessen dürfte wohl der für heute abend im „Preußischen Hof" anberaumte Elternabend sehr zahlreich von denjenigen Eltern besucht werden, die sich ihrer hohen Aufgabe voll und ganz bewußt sind.

— **Stadt-Lichtspiele.** Im „Preußischen Hof" läuft Sonnabend der zweiteilige Film „Messalina". Dieser Film führt uns zurück in die Römerzeit. Messalina, die erste Gattin des römischen Kaisers Claudius, die im Jahre 48 n. Chr. einen gewaltsamen Tod findet, zeichnete sich aus durch Grausamkeit und einen ausschweifenden Lebenswandel. Prunkende Feste, üppige Pracht, grausame Kämpfe und Zirkusspiele sind im Film dargestellt. Nervenspannende Wagenrennen und große Massenszenen werden den Beschauer fesseln. Mit gewaltigen Mitteln ist mit „Messalina" ein Film hergestellt, der in geschichtlicher Anlehnung ein Stück der hochentwickelten, zugleich aber auch grausamen Kultur der Römerzeit vermittelt. Beide Teile (12 Akte) werden in einer Vorstellung gezeigt.

— **Typhus in Nebra.** Wenn auch in den letzten Wochen keine neuen Typhuserkrankungen vorgekommen sind, so dürfte es doch im Interesse eines jeden einzelnen liegen, alles das zu tun, was ihn und seine Angehörigen gegen eine solche Erkrankung noch weiterhin schützen kann. Nach wie vor ist peinliche Sauberkeit von weittragendster Bedeutung. Das Waschen der Hände besonders vor den Mahlzeiten und nach der Stuhlentleerung ist ganz besonders zu beachten; auch ist regelmäßiges Kalken der Aborte und Düngergruben weiterhin zu empfehlen. Darüber hinaus hat sich in letzter Zeit das Einnehmen von Tabletten gegen Typhuserkrankungen sehr bewährt, die in jeder Apotheke unter dem Namen Typhus-Immunrids zu kaufen sind und auch von Kassenärzten verschrieben werden können. Eine genaue Gebrauchsanweisung, wie die Tabletten zu nehmen sind, liegt der kleinen Blechdosenpackung bei. Krankheiten sind leichter zu verhüten als nach ihrem Ausbruch zur Heilung zu bringen. Wer sich dieser Tatsache bewußt ist, wird auch nach ihr im obigen Sinne zu handeln wissen und so sich, die Seinen und seine Mitbürger am besten vor Ansteckungen schützen.

— **Vorsicht bei Kauf von Versandgeschäften und dergl.** Der Imker W. Böhling aus Wiffelhörede hatte sich am 13. Oktober vor dem großen Schöffengericht in Verden (Aller) wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten. B. geriert sich als größte Imkerei Deutschlands. Auf seinen Preislisten sind eine große Anzahl Bienenstände abgedruckt, die Etikettierungen und Aufschriften lauten: Deutscher Honig, Böhling's Bienenhonig oder Bienenhonig aus Böhling's Groß-Imkerei usw. Alles mußte jedenfalls den Eindruck hervorrufen, daß es sich um Honig handele, der in seiner Imkerei gewonnen war. Das war nun aber nicht der Fall, wie die Feststellungen ergeben hatten. Der in den Preislisten mit den vielen angeblich eigenen Bienenständen angebotene Honig war z. B. ausschließlich überseeischer Herkunft. Selbstverzeugter Honig kam bei den Umsätzen fast garnicht in Betracht. Der Verteidiger plädierte für milde Bestrafung, und zwar im Hinblick auf die wenig günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten. Das Urteil fiel dann auch sehr milde mit 300 RM aus. Das große Aufgebot von Zeugen und Sachverständigen wurde nur zum kleinen Teil in Anspruch genommen. Der Fall wirft wieder ein Streiflicht auf den Handel mit Honig. Eine große Anzahl Personen suchen unter der Bezeichnung als Imker oder gar Groß-Imkerei ihren oft unter äußerst primitiven Verhältnissen mangelhaft bearbeiteten ausländischen Honig an den Mann zu bringen. Honig sollte nur von zuverlässigen, bekannten Firmen, die schon in sich eine Gewähr für die Lieferung bieten, gekauft werden.

Roßleben. [Ein Roßleber Künstler im Rundfunk.] Wie bereits früher einigemalige, so konnten die Rundfunkhörer auch gestern Abend wieder einem Künstler-Konzert lauschen, dessen Ausführende sämtlich Mitglieder der Staatsoper Dresden sind. Für die Hörer in Roßleben besonders erfreulich ist es, daß einer der Mitwirkenden, der Spieler der Bratsche, ein Roßleber Kind, Herr **Oskar Geier** ist, der seine musikalische Künstlerlaufbahn in der Musikschule des Herrn Jul. Sperber in Wiehe begann.

Ziegelroda. Die Seelsorge in unserer Gemeinde ist durch den Weggang des seit längerer Zeit segensreich hier wirkenden Predigtamtskandidaten Paske wiederum auf die benachbarten Pfarreien übertragen worden. Herr Paske hat sich am letzten Sonntag von der Gemeinde verabschiedet, er geht nach Stolp i. P.; das Pfarramt übernimmt bis auf weiteres Herr Pfarrer Köstlin in Lodersleben, der auch Konfirmandenunterricht erteilt. Bei diesem sind alle Amtshandlungen anzumelden. Die Predigtgottesdienste werden abwechselnd von ihm und Herrn Pfarrer Laugner-Querfurt gehalten. Die hiesige Pfarrstelle soll wieder besetzt und halbigst ausgeschrieben werden.

Sangerhausen. Von einem Unternehmer in Teutschental ist beim Regierungspräsidenten in Merseburg die Genehmigung zur Einrichtung einer Kraftfahrlinie beantragt worden, die von Eisleben über Wolferode, Schmalzerode, Borstedt, Holdenstedt, Liedersdorf, Beyernaumburg und Riestedt nach Sangerhausen führen soll. Die Linie soll der Personen- und Reisegepäckbeförderung dienen und als Zubringerlinie der Reichsbahn gefahren werden. Es ist anzunehmen, daß die nachgesuchte Genehmigung erteilt wird, da die neue Kraftfahrverbindung einem lange gehegten Wunsche der beteiligten Orte entspricht.

Kölleda. Hauseinsturz. Hier ist unter donnerähnlichem Getöse das Dach des Hauses „Unter den Linden Nr. 7" eingestürzt. Die Ursache ist in einem teilweisen Zusammenbrechen der hinteren Hauswand zu suchen, die allem Anschein nach schon baufällig war. Zum Glück sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

Halle. Todesschuß im Scherz. Der Geschäftsführer des Hallischen Sportvereins 98, Biedermann, wurde bei einem Klubabend in den von ihm verwalteten Klubhaus von seinen Sportkameraden gehänselt. Biedermann holte — im Scherz — eine Pistole herbei und legte sie auf den Schenktisch. Als er später die Pistole wieder wegbringen wollte, berührte er unabsichtlich den Abzug. Ein Schuß wurde ausgelöst, und das Geschoß traf den 26 Jahre alten Techniker Wedemann in die Brust. Der Getroffene starb wenige Minuten später. Er hinterläßt eine kranke Frau und ein Kind. Biedermann wurde in Haft genommen.

Naundorf bei Zeitz. Drei Einbrecher drangen in die Büroräume der Grupe I ein, nachdem sie dem Wärter mit vorgehaltenem Revolver die Schlüssel abgefordert hatten, und durchwühlten alle Büroräume nach dem Geldschrankschlüssel. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Gestohlen wurde nichts.

Leipzig. Auf der Treppe tödlich gestürzt. Gegen 8 Uhr abends ist im Grundstück Kronprinzstraße 54 der 71 Jahre alte Maschinist Heinrich Hermann Schl auf der Treppe gestürzt und von Hausbewohnern besinnungslos aufgefunden worden. Anscheinend ist er ausgeglitten. Er wurde ins Krankenhaus St. Jakob übergeführt, wo er an den Folgen eines erlittenen Schädelbruchs verstorben ist.

Magdeburg. Der Fall Kosch geklärt. Der Fall des Reichswehrunteroffiziers Kosch kann jetzt als geklärt gelten. Seine Braut, Anni Roth, hat nach vierstündiger Vernehmung durch den Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Sie will die Absicht gehabt haben, aus dem Leben zu scheiden, vor der Ausführung dieser Absicht aber auf den Einfall gekommen sein, ihren Verlobten mit ins Jenseits zu nehmen. Sie hat den Unteroffizier Kosch erschossen und war dann in die Elbe gegangen.

Magdeburg, 5 Nov. Der Gutsbesitzer Willy Rieke aus Schneidlingen (Bezirk Magdeburg) fuhr mit seinem Kraftwagen in der Stadt Egeln auf ein eisernes Schutzgitter, das sich vor einem fünf Meter tiefen Graben befindet. Der Wagen überschlug sich und begrub den Gutsbesitzer im Graben unter sich. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und mehrere andere schwere Verletzungen, die seinen sofortigen Tod herbeiführten. Ein in Schneidlingen angestellter Bahnbeamter, der als Mitfahrer in dem offenen Kraftwagen saß und herausgeschleudert wurde, erlitt nur wenige Verletzungen. Dem Führer gelang es, sich durch Abspringen zu retten.

Greiz. Eifersüchtiger springt aus dem Zuge. Aus einem Zug der Strecke Plauen—Gera sprang zwischen Barthmühle und Renßschmühle ein junger Mann aus Plauen, weil er auf seine Braut eifersüchtig geworden war. Er erlitt schwere Knochenbrüche und mußte in das Plauener Krankenhaus gebracht werden.

Chemnitz. Mord? Nach einer Mitteilung des Kriminalamtes wurde in einem Gasthof in Brünlos ein 24 Jahre alter Arbeiter aus Buchholz, der mit einer im Gutshof beschäftigten Wirtschaftsgehilfin ein Liebesverhältnis unterhalten hat, unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Die Erörterungen der Sonderkommission der Kriminalabteilung haben noch keine Klärung herbeigeführt, ob natürlicher Tod erfolgt ist oder ob ein Verbrechen vorliegt. Die Sektion dürfte nähere Anhalte über die Todesursache ergeben.

Zwickau. Totschlag im Gasthof In einer Gastwirtschaft in der Glauchauer Straße kam es zwischen mehreren jungen Leuten zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ein 30 Jahre alter Kraftwagenführer einen heftigen Schlag über den Kopf erhielt, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Verletzte ist bald darauf im Krankenstift den Folgen des erlittenen schweren Schädelbruchs erlegen.

Bitterfeld. Mißglücktes Kunststück. Der Aushilfslokomotivheizer Gaida wollte abends seinen Kollegen auf der Rangierlokomotive ablösen und sprang während der Fahrt auf die Maschine, trotzdem er in beiden Händen etwas zu tragen hatte. Er rutschte ab und geriet unter die Räder. Ein Fuß wurde ihm zur Hälfte und vom anderen Fuße die Zehen abgefahren.

Bitterfeld. Jugendliche Defraudanten. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die beiden Defraudanten, den 17jährigen Laufburschen Paul Müller und den Former Walter Böttger, die nach Unterschlagung von 2500 Mark seit dem 26. Oktober flüchtig waren, zu verhaften. Sie hatten sich nach Leipzig begeben und die Umgebung unsicher gemacht. Nach den Aussagen der beiden hat der Arbeiter Bruno Döring einen Teil des unterschlagenen Geldes erhalten. Er wurde gleichfalls festgenommen. Bei Müller wurden nur noch 800 Mark vorgefunden. Er hatte die Absicht, nach Amerika auszuwandern. Alle drei wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Annaberg. Aus dem Untersuchungsgefängnis ausgebrochen. Einem aus Schreibenberg ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingelieferten Untersuchungsgefangenen gelang es nachts, aus seiner Zelle ins Freie zu gelangen und das Weite zu suchen. Der Untersuchungsgefangene hat während der Nacht von seiner an der Nordseite des Gefängnisses gelegenen Zelle ein Loch in die Mauer gebrochen, durch das er sich mit zusammengeknüpften Streifen von zerrissenen Lagerdecken herabließ und dann von sechs Meter Höhe über dem Erdboden hinabsprang.

Aus Nah und Fern.

Gewerkschaft deutscher Volkslehrer gegen das Konkordat.

Berlin, 7. November. Die Gewerkschaft deutscher Volkslehrer veranstaltete eine Kundgebung gegen das Preußenkonkordat. Nach dem Redner und Rednerinnen verschiedener Verbände gesprochen hatten, fand eine Entschließung einstimmige Annahme, die den sofortigen Abbruch aller Konkordatsverhandlungen fordert.

Thüringen hat eine Regierung!

Weimar, 6. November. Nach monatelangen Versuchen wurde heute dem Landtage die von dem mit der Regierungsbildung beauftragten Unterhändler, dem Abgeordneten Bauer von der Deutschen Volkspartei, zustande gebrachte Vorschlagsliste für das neue Kabinett vorgelegt und gewählt.

Moderne Tortur in Mexiko.

London, 6. November In dem Prozeß gegen den Mörder des Generals Obregon, Jose Toral und die mitangeklagte Nonne ist eine sensationelle Wendung eingetreten. Die Regierung hat nach den Erklärungen des Angeklagten, daß er nach seiner Verhaftung neun Stunden lang von der Polizei der schwersten Tortur unterzogen wurde, um ihm ein Geständnis zu erpressen, und daß er schließlich auf die Drohung, daß auch seine Frau mißhandelt würde, ausgesagt habe, alle drahtlosen Anlagen aus dem Gerichtssaal entfernen lassen. Die Zeitungen sind aufgefordert worden, sich der Berichterstattung zu enthalten.

Cholera an Bord eines Dampfers. An Bord des britischen Yangtsee-Dampfers „Kungwo" ist nach Berichten aus Schanghai ein Cholerafall ausgebrochen. Da der Dampfer eine fünftägige Quarantäne durchmachen mußte, bemächtigte sich der chinesischen Passagiere wegen der Unmöglichkeit, an Land zu gehen, eine Panik. Eine große Anzahl sprang im Hafen von Hongkong über Bord, wobei 15 ertranken.

Die Ausbreitung der Pest in China. Nach amtlichen Meldungen hat die Pest von der Schansi-Provinz auf die Shantung-Provinz übergegriffen. In der Schantung-Provinz sind bereits 18 Pesterkrankungen festgestellt worden. Da in dieser Provinz japanische Truppen untergebracht sind, haben die Japaner die Bekämpfung der Pestgefahr selbst übernommen.

Die erste Tageszeitung in Albanien. Am Montag hat in Tirana die erste Tageszeitung zu erscheinen begonnen. Sie ist das Organ der albanischen Patrioten.

Neue Ausbrüche des Krakatau. Wie aus Batavia gemeldet wird, ist der Krakatau erneut ausgebrochen. Bisher wurden 112 Explosionen gezählt. 20 Ausbrüche erfolgten unter See.

Choleraepidemie in Indien. Im Staat Travancore ist nach Meldungen aus Bombay eine Choleraepidemie ausgebrochen, der bereits 2000 Personen oder 62 v. H. der Erkrankten zum Opfer gefallen sind. In der Hauptstadt Trivandrum konnte durch energische Vorsichtmaßnahmen und Gegenimpfungen eine weitere Ausbreitung der Epidemie verhindert werden. In den südlichen Gegenden nahe der Meeresküste wütet die Seuche unvermindert fort.

Mehrere Eisenbahnunglücksfälle in Polen. In den letzten 48 Stunden haben sich in Polen allein vier größere Eisenbahnunglücksfälle ereignet In Bismarckhütte stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wodurch zwei Wagen zertrümmert wurden. Dabei gab es zwei Tote und mehrere Verletzte. In Dombrowa fuhren zwei Güterzüge infolge falscher Weichenstellung aufeinander, wobei mehrere Wagen vollständig zertrümmert wurden. Zum Abtragen des Trümmerhaufens brauchte man zwölf Stunden, wodurch der Verkehr auf diesem Abschnitt während des ganzen Tages vollständig unterbunden war. Zwei andere Zusammenstöße ereigneten sich in Kongreß-Polen.

Zusammenstoß in der Luft. Auf dem Militärflugplatz Bron bei Lyon sind zwei Flugzeuge, von denen eines landen und das andere aufsteigen wollte, in der Luft zusammengestoßen. Das eine Flugzeug überschlug sich und wurde vollkommen zertrümmert. Der Führer des Apparates wurde am Kopf und an der Brust schwer verletzt. Dem zweiten Flugzeug wurden die beiden Tragflächen angerissen. Dem Piloten dieser Maschine wurde der Kopf zerschmettert. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der zweite Insasse blieb unverletzt.

Riesenbrand in San Salvador. Durch einen Riesenbrand im Innern der Stadt San Salvador wurden das Hotel Astoria, ein Zeitungsgebäude und eine Anzahl Lagerhäuser bis auf die Grunomauern vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Dollars.

Eine persische Moschee eingestürzt. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist die Moschee in Kerman eingestürzt. Der Einsturz erfolgte glücklicherweise nicht während eines Gottesdienstes. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt. Unter den Trümmern wurden drei Passanten begraben.

Dynamitattentat eines Eifersüchtigen.

Das ganze Haus in die Luft gesprengt.

Ein furchtbares Sprengstoffattentat wurde morgens in einem Hause in Barmen verübt. Der Besitzer des Hauses, ein in den 50er Jahren stehender Mann, der seit einiger Zeit mit seiner wesentlich jüngeren Frau Ehestreitigkeiten hatte, hat anscheinend aus Eifersuchtsgründen sein Haus mit Dynamit in die Luft gesprengt. Auch ein in der Nähe von ihm betriebenes Zigarrengeschäft ist von einer Dynamitladung total zerstört worden.

Obwohl das Haus von mehreren Mietern bewohnt war, sind Menschenleben nicht zu beklagen. Die Hausbewohner sind mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davongekommen. Die Fensterscheiben in der Umgebung wurden sämtlich zerstört.

Unter den Trümmern des vollkommen zerstörten Wohnhauses wurde die Leiche des Hausbesitzers Meisloch gefunden. Meisloch, der Urheber des furchtbaren Anschlags, hat sich anscheinend mit in die Luft sprengen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281108-16/fragment/page=0002

Amerika hat gewählt.

Hoover oder Smith?

♂ Neuyork, 6. November.

Heute früh um 6 Uhr (12 Uhr MEZ) begann in Amerika die Wahl der Wahlmänner, die die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten vorzunehmen haben. Gleichzeitig wurden ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus neu gewählt. Von 80 Millionen Wahlberechtigten hatten sich 40 Millionen in die Wahllisten eintragen lassen, eine Rekordziffer, die bisher noch nicht erreicht wurde. Schon in den frühen Morgenstunden eilten zahlreiche Personen in die Wahllokale. Das Ergebnis dürfte erst am Ende des morgigen Tages bekannt werden.

Die Wahlkampagne der Präsidentschaftskandidaten und der Parteien entfaltete in den letzten Tagen einen riesigen Aufwand. Rundfunk, Film, Lichtreklame und alle anderen modernen Propagandamittel wurden in den Dienst der Sache gestellt. Die Wetten standen in den letzten Stunden 5:1 für Hoover gegen Smith. Dennoch ist es noch nicht gesagt, daß doch ein anderes Ergebnis erzielt wird, denn das amerikanische Wahlsystem läßt gerade hierin große Ueberraschungen zu.

Uhlands herrenloses Gedicht.

Das Urteil in dem Rechtsstreit um das Uhland-Manuskript.

⊶ Berlin, 6. November.

In dem Rechtsstreit um das Eigentum an dem in einer spiritistischen Sitzung aufgetauchten Uhland-Manuskript, der am 30. Oktober vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, verkündete am Dienstag Amtsrichter Golzen das Urteil. Es lautet dahin, daß die Klage des Schriftstellers Georg auf Herausgabe des bei einem Gerichtsvollzieher hinterlegten Manuskriptes abgewiesen wird. Es wird in dem Urteil festgestellt, daß die Beklagte, das Medium Frl. Arnheim, Eigentümerin des Manuskriptes ist.

In der Begründung dieses Urteils hob Amtsrichter Golzen hervor, daß das Gericht bei seiner Entscheidung davon ausgehen mußte, daß das strittige Manuskript vor der spiritistischen Sitzung herrenlos war. Wenn es durch die Kraft des Mediums herbeigeschafft worden sei, so habe es früher keiner rechtsfähigen Person gehört, denn rechtsfähig sei nach dem geltenden Recht nur der lebendige Mensch. Wenn dagegen das Manuskript den Parteien von einer dritten Seite in die Hände gespielt worden sei, so habe der frühere Eigentümer durch sein Verhalten schlüssig auf sein Eigentum verzichtet. Bei einer herrenlosen Sache sei aber derjenige der Eigentümer, der sie in seinen Besitz genommen habe. Der mehrfache Wechsel in den Aussagen des Klägers darüber, wer das Manuskript in die Hände bekommen habe, lasse es im Zusammenhang mit den Aussagen der übrigen Zeugen für durchaus wahrscheinlich erscheinen, daß selbst der Kläger angenommen habe, das Manuskript sei unmittelbar in die Hände des Mediums gespielt worden.

Um die russischen Kunstgegenstände

Sensation bei der Versteigerung der Russen-Kunstwerke.

Durch die Firma Lepke in Berlin läßt die Sowjetunion eine große Anzahl russischer Kunstgegenstände versteigern, die aus Schlössern, Museen und Privatbesitz stammen. Von russischen Emigranten, denen ein Teil der Kunstwerke vor der russischen Revolution gehört hatte, wurde gegen die Versteigerung der Kunstwerke Protest eingelegt und die Herausgabe der Stücke gefordert, weil sie aus ihren Häusern von den Bolschewisten gestohlen worden seien. Die erste Gerichtsentscheidung wies den Protest zurück. Nun aber hat das Kammergericht dem Antrag des Fürsten Dabischo-Kotromanicz stattgegeben und eine entsprechende Verfügung an die Firma Lepke ergehen lassen. Es handelt sich hierbei um eine Reiseapotheke aus Kristall und Gold und verschiedene Gemälde, die jetzt einem Gerichtsvollzieher zur Sicherstellung herausgegeben werden mußten.

Die Entscheidung des Kammergerichts dürfte weittragende Folgen nach sich ziehen, weil danach u. U. sämtliches Eigentum des früheren russischen Adels, das von Sowjetrußland in Deutschland verkauft wird, von dem früheren Eigentümer mit Beschlag belegt werden kann, wenn er sein Eigentumsrecht einwandfrei nachweisen kann. Sicherlich wird man sich auch in Moskau mit dieser Entscheidung des Gerichts nicht einverstanden erklären, sondern evtl. auf diplomatischem Wege intervenieren.

Statistischer Streifzug durch die Deutsche Turnerschaft.

Das soeben herausgekommene Jahrbuch der Turnkunst 1929 (Verlag M. Limpert, Dresden) bringt neben diesem anderen auch eine Uebersicht über den Bestand der Deutschen Turnerschaft, der recht aufschlußreich ist und zum Nachdenken anregt. Nach dem Stande vom 1. Januar 1928 hatte die Deutsche Turnerschaft insgesamt 1 624 367 Vereinsangehörige, von denen 1 044 503 Männer waren. Die Zahl der Frauen in der Deutschen Turnerschaft betrug 225 529, die der Knaben 204 311 und die der Mädchen 150 024. 12 772 Vereine gehörten insgesamt der Deutschen Turnerschaft an, die sich auf 11 183 Vereinsorte verteilten. Man kann daher wohl sagen, daß nicht nur jede Stadt, sondern auch jedes größere Dorf in Deutschland einen Turnverein besitzt. Das gesamte deutsche Volk wird also durch die deutschen Turnvereine erfaßt und zu körperlicher Betätigung angehalten.

Der größte Turnkreis ist der Turnkreis Sachsen, der 1273 Vereine mit 269 475 Mitgliedern zählt. Der zweitgrößte ist der Mittelrheinkreis mit über 190 000 Mitgliedern, ihm folgt Bayern mit über 150 000, während Thüringen und Brandenburg mit 106 000 bzw. 104 000 den vierten und fünften Platz einnehmen. Dann folgen Schwaben, Rheinland, Westfalen, Norden, Baden, Hannover, Schlesien, Oldenburg, Provinz Sachsen und die Pfalz. Die drei kleinsten sind der Oberweserkreis, Pommern und Nordosten, der nur 16 169 Mitglieder zählt.

Zahlenmäßig steht in bezug auf die Gesamtzahl der Turner und Turnerinnen mit 37 481 Vereinsangehörigen die Reichshauptstadt Berlin obenan, doch ist hier der Hundertsatz der Turnvereinsangehörigkeit bei weitem nicht so groß, wie z. B. der von Leipzig, das mit 24 202 den zweiten Platz hält und damit nach wie vor den Ehrennamen der „Turnerstadt" behaupten kann. An dritter Stelle folgt Dresden vor Frankfurt a. M. und Hamburg. Am wenigsten Turner unter den 51 deutschen Großstädten hat Münster in Westfalen aufzuweisen, wo nur 897 Mitglieder der Deutschen Turnerschaft angehören. Viele Mittelstädte haben demgegenüber sehr viel mehr Vereinsangehörige, so Pforzheim, das bei einer Gesamteinwohnerzahl von 78 859 nicht weniger als 4357 Vereinsangehörige zählt. Noch viel besser ist der Hundertsatz bei Greiz, das mit 37 490 Einwohnern 3658 Vereinsangehörige zählt; das bedeutet einen Hundertsatz von fast 10, mit anderen Worten, fast jeder zehnte Einwohner von Greiz ist Turner.

Größter Verein der Deutschen Turnerschaft ist nach wie vor die Berliner Turnerschaft mit insgesamt 5460 Vereinsangehörigen; ihr folgen der Männerturnverein von 1879 München und die Hamburger Turnerschaft von 1816, der älteste deutsche Turnverein, mit über 4000 Mitgliedern. Ueber 3000 haben dann der Turnklub Hannover und der Allgemeine Turnverein Leipzig. An 16. Stelle finden wir hier die Musterturnschule Hannover, deren 2231 Mitglieder weiblichen Geschlechts sind; sie ist damit der größte deutsche Frauenturnverein. Unter den großen Vereinen befinden sich auch solche aus kleineren Städten, so der Ulmer Turnerbund von 1846 mit 2506 Vereinsangehörigen, der Männerturnverein Altenburg mit 2089, der Turnverein von 1861 Forst mit 2035, der Turnverein Pirmasens mit 1702, der Turnverein Oberstein an der Nahe mit 1534 Gesamtmitgliedern und endlich noch der Turnverein von 1848 Saarbrücken, der allen widrigen Umständen zum Trotz doch seinen Mitgliederstand auf 1522 halten konnte.

Die größte Zahl der Männerturner hat Berlin mit 18 466 vor Leipzig mit 13 579 und Frankfurt a. M. mit 9266. Am meisten Turnerinnen findet man ebenfalls in Berlin mit 7934 vor Leipzig mit 5080 und Dresden mit 4502. Berlin hat auch am meisten Knaben mit 6150 vor Leipzig mit 3404, ebenfalls steht Berlin mit 4931 Mädchen an der Spitze vor Dresden mit 3937 und Leipzig mit 2986.

Die genannten Zahlen dürften den Nachweis erbringen, wie stark die deutsche Turnersache mit dem deutschen Volke verwurzelt ist; kein größeres Gemeinwesen besteht mehr, ohne daß nicht auch die Deutsche Turnerschaft in ihm ihr Banner hochhielte zum Segen der körperlichen und seelischen Ertüchtigung des gesamten deutschen Volkes.

November und Dezember.

Der Imker hat Feiertag. Seine Immen träumen dem Frühling mit seinem Sonnenscheine, blauen Himmel und unzähligen nektargefüllten Blüten entgegen. Er selbst umschreitet zuweilen den Immenstand und freut sich der völligen Ruhe auf demselben. Nur wenn er an das Ohr horchend an das Flugloch hält, vernimmt er ein leises Summen, als wenn das Kätzchen voll Wohlbehagen hinterm Ofen schnurrt.

Daheim zieht er die Bilanz des Immenjahres, liest seine Immenzeitung und ein gutes Lehrbuch über die Immenzucht, und nicht selten entringt sich ihm der Wunsch:

„Ach, wenn sie doch schon wieder flögen!"

Deutsch und Frei!

Kann es dem deutschen Volke der Gegenwart, kann es insbesondere der heutigen deutschen Jugend oft und eindringlich genug zu Gemüte geführt werden, wie in den Tagen jener gewaltigen Volkserhebung von 1813 Deutschlands Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft mit ungeheueren Opfern an Gut und Blut errungen werden mußte? Und kann dieses Wachrufen eines hochbedeutsamen Kapitels vaterländischer Geschichte anschaulicher, eindringlicher, allgemeinverständlicher, also volkstümlicher geschehen, als durch ein „Vaterländisches Volksbühnenspiel"?

„Deutsch und frei" (Verlag L. Ungelenk-Dresden-A 24: Mk. 1.— ist nicht auf den Ton des „Hurrapatriotismus" gestimmt, steht nicht im Dienste irgend einer parteipolitischen Anschauung, vertuscht und beschönigt nicht deutsche Fehler und Schwächen. Es ist ein echtes vaterländisches Volksbühnenspiel, weil es wirklich volkstümlich und von echter Vaterlandsliebe durchglüht ist.

Das Stück zeigt im Anschluß an die geschichtlichen Ereignisse des Jahres 1813, daß der Ueberwindung des äußeren Feindes und der politischen Befreiung des deutschen Volkes eine innere Ueberwindung und Selbstbefreiung des deutschen Geistes von allem undeutschen Wesen vorangehen mußte. „Als der Deutsche sich auf sich selbst besann und wieder deutsch wurde, — da war er frei."

Dieses Bühnenspiel hat heute eine verstärkte Wirkung, nachdem unser Volk die große Demütigung der Nachkriegszeit erfahren mußte. Es enthält 7 lebensvolle abwechslungsreiche Handlungen mit bewegten Volksszenen und scharf gekennzeichneten Rollen, vereinigt sittlichen Ernst und gesunden Humor. Allen **vaterländischen Verbänden und Ortsgruppen** sei dieses Stück zur Ausgestaltung von Vereins- oder Kameradschaftsabenden bestens empfohlen.

Proletariat. Ein Deutsches Arbeiter-Manifest zum zehnjährigen Jubiläum der Deutschen Republik. Von Oskar Seliger. Brunnen-Verlag, Karl Winckler, Berlin SW. 48. Einzelpreis 80 Pfg., 50 Stück je 29 Pfg., 100 Stück je 28 Pfg., 200 Stück je 27 Pfg., 500 Stück je 26 Pfg., 1000 Stück und mehr je 25 Pfg.

In dieser Schrift weist der Verfasser nach, daß dem deutschen Arbeiter im Interesse der Partei fortgesetzt die Wahrheit vorenthalten wird. Was soll der Arbeiter dazu sagen, wenn er hört, daß wiederholt ausländische — amerikanische und englische — Sozialdemokraten den Deutschen helfen wollten und eine Revision des Dawesplans vorschlugen, aber Widerspruch bei den deutschen Genossen fanden mit der ausdrücklichen Begründung, daß dies der Sozialdemokratischen Partei, die die Schuld Deutschlands am Krieg anerkannt habe, schädlich sein würde? Hat es wohl in den dreitausend Jahren Geschichte, die wir überblicken können, irgendwo eine ähnliche Schildbürgerei gegeben? Ein Arbeiter, der diese Broschüre liest, wird sich nicht wieder so leicht durch das Dunstwort: „Friede, Freiheit, Brot!" umnebeln lassen. Deshalb muß sie bis zum 9. November jeder deutsche Arbeiter in den Händen haben. Jeder helfe mit, auch die kleinste Bestellung ist willkommen.

Wer begleitet mich durch das Jahr 1929?

Mein Kalender! Auch die gebildete Frau hat ihren Kalender: „Frauenschaffen 1929" nennt er sich und ragt aus der Fülle ähnlicher Erscheinungen durch die ausgeprägte Eigenart seines Grundgedankens und dessen geschlossener Durchführung hervor. In 53 schönen Kunstdruck-Sonntagsblättern und knappen aber inhaltsreichen Begleittexten und Wochensprüchen berichtet er über das geistige, soziale und künstlerische Wirken hervorragender Frauen. Ina Seidel, Helene Thimig, Helene Böhlau, Adele Schreiber, Cosima Wagner und viele andere reichen sich die Hand in der großen gemeinsamen Sache: des erfolgreichen Schaffens der modernen Frau.

Wer mehr über den Kalender wissen will, — er gehört auf den Schreibtisch jeder geistig interessierten Frau — lasse ihn sich in seiner Buchhandlung vorlegen. (Zum Aufstellen und Aufhängen Preis 2,80 Mk.). Sonst auch direkt zu beziehen durch Verlag Otto Beyer, Leipzig, Weststr. 72.

Gefreit ohne Liebe

Roman von Erich Ebenstein.

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Du zitterst ja!" sagte sie dann laut und spöttisch. „Friert dich oder — fürchtest du dich?"

Britta sah sie unschuldig an.

„Fürchten? Nein! Wovor? Aber ich bin so glücklich ...! Ich glaube, ich habe Fieber vor Glück! Ich liebe ihn so unermeßlich!"

„Wie töricht! Du bist ein dummes kleines Mädchen, Britta. Denkst du denn gar nicht, daß es auch ... Enttäuschungen in der Ehe geben kann?"

„Enttäuschungen?"

„Nun ja. Besonders wenn der Mann schon allerlei hinter sich hat ..! Ein Männerherz ist oft seltsam, kleine Britta. Es sucht sich zuweilen in einer neuen Liebe zu betäuben — bloß weil es die alte nicht vergessen kann!"

Diese Worte waren der erste Pfeil, den Hertha berechnend in die junge Mädchenseele senken wollte. Aber er glitt ab. Britta sah die Sprecherin mit ihren reinen großen Kinderaugen verständnislos an. Sie verstand wohl die Worte, nicht aber deren Sinn.

Unten fuhr der Wagen vor, der beide zur Kirche bringen sollte. Die Trauung fand in der Sakristei mit Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Heider hatte sich jede Feier verbeten und in seiner Fabrik mußte man nicht einmal die Stunde. Es wurde dort gearbeitet wie gewöhnlich. Morgen, wenn er fort war, sollten sie frei haben und auf seine Kosten im Wirtshaus nach Belieben feiern können...

Auch Gäste waren nicht geladen worden. Direktor Merz von der Fabrik drüben war Brittas Zeuge und ein Jugendfreund Heiders vom Mahrenberger Amtsgericht, Dr. Torgau, der Heiders.

Sie allein bildeten mit dem Brautpaar, dem Major, Frau Gerda und Hertha von Kiesebreck die kleine Tafelrunde, welche dann in Karolinenruhe an dem Mahl teilnahmen, das vor der Abreise des jungen Paares eingenommen wurde.

Die Stimmung dabei war nichts weniger als hochzeitlich. Man sprach von Politik, Tagesereignissen und allerlei gleichgültiger Dingen. Hätte Major Forst und nach ihm Herr Dr. Torgau nicht einen Toast auf das junge Paar gebracht, man hätte wahrlich vergessen können, daß man bei einer Hochzeitsfestel saß.

Heider litt Qualen, so oft er Britta ansah, deren verträumter Blick ihn zuweilen mit seligem Lächeln schüchtern streifte, oder die Mutter, die ihn mißbilligend beobachtete.

„Nur fort — fort — endlich fort!" dachte er. „Im Dunkel des Wagens, dem Rollen des Kurierzuges, dem Trubel der Großstadt, unter fremden Menschen wird alles leichter sein..."

Endlich erhob sich Hertha mit einem lächelnden Blick auf Britta. Es war die Zeit zum Umkleiden, denn der Wagen, der sie zur Bahn bringen sollte, würde bald vorfahren. In Herthas Zimmer war alles zum Umkleiden vorbereitet und in wenigen Minuten stand Britta im Reisekleid vor Frau von Kiesebreck. Nun sollte noch Abschied von den Kindern genommen werden, die auf Frau Gerdas ausdrücklichen Wunsch nicht bei Tisch hatten erscheinen dürfen, „weil das zu viel Unruhe machen würde..."

„Ich hole sie dir hierher," sagte Hertha und verschwand. Da fiel es Britta ein, daß zu diesem Abschied doch vor allem auch der Vater gehöre und da er vielleicht glaubte, daß sie noch nicht fertig mit dem Umkleiden sei, beschloß sie, ihn rasch zu holen.

Als sie aber das Speisezimmer betrat, war dieses bereits leer.

„Der gnädige Herr ist mit dem Herrn Major im Rauchzimmer, die anderen Herrschaften im Salon," sagte Knauer, der eben Gläser auf eine Tasse stellte.

Das Rauchzimmer lag vom Speisesaal durch ein kleines Spielzimmer getrennt, dessen Tür nach dem Rauchzimmer nur durch schwere Vorhänge aus Perserteppichen verschlossen war.

Britta wollte eben diese Vorhänge beiseite schieben, als Worte an ihr Ohr schlugen, die sie erstarrt innehalten ließen.

„Du wirst sie schon lieben lernen," sagte der Major drin. „Zum Teufel, Junge, mach nur die Augen auf! Sie ist ja entzückend, die kleine Britta!"

„Möglich," antwortete Heiders Stimme kalt. „Aber du weißt, Onkel Forst, daß mein Herz einer Anderen gehört, die es nie vergessen kann! Nie!"

Mehr vernahm Britta nicht. In ihren Ohren war ein Brausen, in ihren Gliedern eine bleierne Schwere, als müsse sie zusammenbrechen. Mit Mühe hielt sie sich aufrecht und schritt mechanisch den Weg zurück, den sie gekommen.

Als sie Herthas Zimmer wieder erreichte, trat diese eben mit den Kindern ein. „Britta — um Gotteswillen, was ist dir?" rief Hertha bei ihrem Anblick erschrocken.

„Nichts," stammelte Britta, „gar ... nichts." Aber ihre Zähne klirrten dabei wie im Fieberfrost.

„Du bist krank! Du fieberst ja!"

„O nein ... mir ist ganz wohl!" Und Britta beugte sich hastig zu den Kindern nieder, die sie stürmisch umarmten.

„Liebe, liebe kleine Mama," schluchzte Fredy außer sich durch diesen ersten Trennungsschmerz. „Wirst du auch ganz bestimmt bald wieder kommen? Versprich es mir!"

„Ja, Fredy ..."

„Wann? Sage nur den Tag, damit ich mir ausrechnen kann, wie lange das dauert!"

„Britta," sagte eine tiefe Männerstimme von der Türe her, „es ist höchste Zeit, daß wir fahren. Laßt die Mama los, Kinder, und seid hübsch brav, bis sie wiederkommt, dann bringt sie euch dafür auch etwas Schönes mit!"

Britta erbebte beim Klang dieser Stimme vom Scheitel bis zur Sohle. Eine jähe, furchtbare Angst packte sie plötzlich. Nein, sie wollte nicht mit ihm gehen. Sie konnte nicht. Er war ihr ja so fremd geworden mit einemmal ... so fern gerückt...

Sie sank neben den Kindern auf die Knie...

„Laß mich hier!" stammelte sie außer sich. „Ich mag nicht fort ... laß mich bei ihnen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281108-16/fragment/page=0003

Urteil im Kyritzer Landbundprozeß.

Geldbußen für Gefängnisstrafen. — Zwei Jahre Bewährungsfrist.

= **Kyritz**, 7. November.

Im Kyritzer Landbundprozeß wurde vom Vorsitzenden des Gerichtshofes das Urteil verkündet.

Verurteilt wurden: Cordes zu 4 Monaten Gefängnis, an Stelle deren 400 Mark Geldbuße treten, Staffehl zu 3 Monaten Gefängnis bzw. 500 Mark Buße, Liebereng zu 3 Monaten Gefängnis bzw. 300 Mark Buße, Kleine zu 6 Monaten Gefängnis bzw. 200 Mark Buße, außerdem wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Beleidigung zu 130 und 50 Mark Buße. Auch die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten, an deren Stelle Geldbußen bis zu 400 Mark treten. Außerdem erhielten einige Angeklagte noch einige Geldstrafen.

42 Angeklagte wurden freigesprochen. Den beleidigten Beamten, Regierungsrat Reinholz und den Oberwachtmeistern Preußer, Weber und Specht, wurde das Veröffentlichungsrecht durch Aushang an der Gerichtstafel zugesprochen. Die Vollstreckung des Urteils wurde auf 2 Jahre Bewährungsfrist ausgesetzt, doch haben die Verurteilten gemeinsam den angerichteten Schaden zu ersetzen. Der von dem Nebenkläger Müller erhobene Anspruch auf Buße wurde zurückgewiesen.

In der Begründung zu dem Urteil führte der Vorsitzende u. a. aus, daß die herrschende Not der Landwirtschaft strafmildernd wirken mußte. Die Führer des Landbundes hätten zweifelsohne einen ruhigen Verlauf der Kundgebung erwartet. Es habe auch der nach § 115 erforderliche gemeinsame Wille der Menge nicht nachgewiesen werden können. Eine Rädelsführerschaft habe das Gericht bei keinem der Angeklagten feststellen können, weil eben niemand innerhalb der Zusammenrottungen eine führende Rolle gespielt habe. Dem Angeklagten Cordes könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß er nicht genügend Vorbereitungen getroffen habe, um bei der gereizten Stimmung der Menge Aufreizungen von vornherein unmöglich zu machen. Er habe auch, ebenso wie der Angeklagte Staffehl, mehrere Aeußerungen getan, die aufreizend wirken mußten.

Schluß der Königsberger Konferenz.

Einvernehmen unmöglich.

= **Königsberg**, 7. November.

Von polnischer Seite wird über die Kommissionsverhandlungen am Dienstag vormittag mitgeteilt: Die heutige Erörterung in der Sonderkommission, die im Zentralhotel beim Ministerpräsidenten Woldemaras abgehalten wurde, endete nach anderthalb Stunden damit, daß die nächste Vollsitzung der beiden Abordnungen auf den 7. November, 9.30 Uhr früh, festgesetzt wurde. **Was das Ergebnis der Erörterungen in dieser Kommission angeht, so wurde festgestellt, daß ein Einvernehmen unmöglich ist. Man beschloß deshalb, die Königsberger Konferenz zu schließen.**

Da aber eine gewisse Möglichkeit für einen Warenaustausch zwischen Polen und Litauen besteht, sollen unter Umständen zwischen den unmittelbar interessierten Ressorts, also den Ministerien für Handel und Industrie in Warschau und Kowno, direkte Verhandlungen aufgenommen werden, wie der Warenaustausch zwischen Polen und Litauen zu gestalten ist. Aus diesen Verhandlungen sollen aber alle politischen Momente ausgeschaltet werden.

Von polnischer Seite ist dabei noch der Vorbehalt gemacht worden, daß die Transit- und Verkehrsfrage nur als Ganzes behandelt werden könne, also ohne Trennung der Eisenbahnfrage von der Flößerei auf der Memel.

Der Prozeß gegen Reichsbahnoberrat Schulze.

Die Affäre im Eisenbahn-Zentralamt vor Gericht.

= **Berlin**, 7. November.

Am Dienstag begann vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte der Prozeß gegen den Reichsbahnoberrat Erich Schulze vom Eisenbahn-Zentralamt Berlin, dem passive Bestechung zur Last gelegt wird. Zu der Verhandlung, die voraussichtlich 12 Tage in Anspruch nehmen wird, sind etwa 10 Zeugen geladen, deren Vernehmung erst im Laufe der nächsten Verhandlungstage stattfinden wird.

Nach dem Eröffnungsbeschluß ist der Angeklagte hinreichend verdächtig, in den Jahren 1923—1928 fortgesetzt als Beamter für in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke oder Vorteile angenommen zu haben.

Auswahl und Ueberwachung von Nachlaßpflegern.

Bei Rechtsfragen von größerer Bedeutung Bestellung eines Rechtskundigen. — Fernhaltung aller nicht als unbedingt zuverlässig bekannter Personen. — Ueberwachung der Sicherstellung und der Anlegung der Nachlaßwerte.

Da die Nachlaßgerichte bei der Auswahl und Ueberwachung von Nachlaßpflegern nicht überall die durch die Sach- und Rechtslage gebotene Sorgfalt zu beobachten scheinen, nimmt der preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung (1. 1583) Veranlassung, auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen:

Bei der Auswahl von Nachlaßpflegern ist sorgfältig zu prüfen, ob die auszuwählende Person nach der Lage des Einzelfalls (Art und Umfang der Verwaltung, Vorhandensein rechtlicher Schwierigkeiten) für die ihr obliegende Aufgabe geeignet erscheint. Falls zu erwarten ist, daß der Nachlaßpfleger Rechtsfragen von größerer Bedeutung zu lösen haben wird, wird zu erwägen sein, ob nicht die Bestellung eines Rechtskundigen, insbesondere eines Rechtsanwalts, zum Nachlaßpfleger geboten ist. Bei Verwaltungen größeren Umfanges kann sich die Bestellung mehrerer Personen als Mitpfleger oder eines Gegenpflegers empfehlen. In jedem Falle ist streng darauf zu achten, daß alle nicht als unbedingt zuverlässig bekannten Personen von der Betreuung mit Nachlaßpflegschaften ferngehalten werden.

Bei der Beaufsichtigung der Nachlaßpfleger wird darauf zu achten sein, daß der Nachlaßpfleger unverzüglich entsprechend Paragraph 1802 BGB. ein Verzeichnis des Nachlasses einreicht. Die Sicherstellung und Anlegung der Nachlaßwerte wird mit besonderer Genauigkeit und Pünktlichkeit zu überwachen sein. Der Nachlaßrichter wird sich namentlich davon zu überzeugen haben, welche baren Vermögenswerte in die Hände des Nachlaßpflegers gelangt sind und was aus ihnen geworden ist, er wird ferner auf die Einhaltung der Vorschriften der Paragraphen 1812 ff. BGB., insbesondere des Paragraphen 1814, zu achten haben. Bei der Erteilung von Genehmigungen gemäß Paragraphen 1812, 1819 ff. BGB. wird das Nachlaßgericht zu prüfen haben, ob das vorzunehmende Rechtsgeschäft sachlich geboten ist und ob es nicht mit dem Zwecke der Nachlaßpflegschaft, insbesondere im Falle des Paragraphen 1960 mit dem Zweck der Sicherung des Nachlasses, im Widerspruch steht. Bei der Bearbeitung der Nachlaßpflegschaftssachen ist allgemein Beschleunigung geboten, namentlich wird mit geeigneten Maßnahmen auf schleunige Berichterstattung der Nachlaßpfleger hinzuwirken und gegen jede Vernachlässigung ihrer Pflichten mit Nachdruck einzuschreiten sein.

Straßenhandel

Schon in der Vorkriegszeit zeigte der Hausierhandel, der durch von Ort zu Ort umherziehende Händler betrieben wird, nicht selten arge Auswüchse. Dazu hat in der Nachkriegszeit, besonders in den Städten, auch noch der Straßenhandel erheblich an Ausdehnung gewonnen, sei es nun, daß er von festen Ständen oder durch Umherziehen ausgeübt wird. Der Straßenhandel hat viele Gegner, aber auch viele Freunde.

Zu seinen Freunden zählen in erster Linie viele Erwerbslose, die auf diese Weise ihr Dasein zu fristen suchen. Wenn es sich dabei nicht um Arbeitsscheue handelt und wenn die von ihnen feilgebotenen Waren einwandfreien Ursprungs und nicht von zweifelhafter Güte bei hohen Preisen sind, wäre dagegen vielleicht nicht viel einzuwenden. Es läßt sich aber leider nicht leugnen, daß nicht selten die Waren Diebes- und Hehlergut sind.

Auf der Gegenseite aber klagt der ansässige Kleinhandel, der an sich schon schwer zu kämpfen hat, weil er mit hohen Ladenmieten und Steuern belastet ist, über die unerwünschte Konkurrenz. Solche Klagen sind unzweifelhaft in den Fällen um so berechtigter, wenn sich ein Straßenhändler womöglich gerade vor der Tür eines Kaufhauses niederläßt, das mit denselben Waren handelt wie der Straßenhändler. Der ansässige Kleinhandel erblickt darin einen unlauteren und verwerflichen Wettbewerb, um so mehr, wenn es sich um Waren zweifelhaften Ursprungs handelt, und diese zu Spottpreisen verschleudert werden.

Der Polizei sind bei etwaigem Vorgehen ziemlich enge Grenzen gesteckt. Auch für den Straßenhandel sind im allgemeinen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über das Feilhalten, Anbieten und den Verkauf von Gegenständen jeder Art maßgebend. Die Befugnisse der Polizei beginnen erst dort, wo der Straßenhandel etwa Polizeivorschriften übertritt, oder wo er ein Verkehrshindernis bildet. Selbst bei unlauterem Wettbewerb würde die Polizei erst einschreiten können, wenn von den seßhaften Gewerbetreibenden Anzeige erstattet worden ist.

Achtung! Jäger!

Neue Schonzeitbestimmungen.

Das Thüringische Ministerium für Inneres erließ eine Verordnung über die Schonzeit des Rehwildes im Jagdjahr 1928. Im laufenden Jagdjahr sind Rehböcke vom 31. Oktober ab mit der Jagd zu verschonen. Für Jagdbezirke mit planmäßiger Hege wurde das Ende der Schonzeit des weiblichen Rehwildes auf den 31. Oktober festgesetzt. Für die übrigen Jagdbezirke gilt die gesetzliche Schonzeit.

Als Jagdbezirke mit planmäßiger Hege gelten die Reviere, deren Inhaber entweder einem Hegering angeschlossen sind oder seit dem Jagdjahr 1927 für ihr Revier eine planmäßige Hege eingeführt haben.

Im Zweifelsfalle entscheidet die Jagdbehörde. Die Inhaber solcher Jagdbezirke haben unverzüglich bei der Jagdbehörde einen Hege- und Abschußplan einzureichen. Diese Vorschrift gilt nicht für die nichtverpachteten Eigenjagdbezirke der Staatsforstverwaltung. Die Jagdbehörde kann weitere Ausnahmen zulassen.

Harter Tag für die Feuerwehr.

Keller- und Dachstuhlbrände und Explosion.

Gestern abend nach 6 Uhr, wurde die Berliner Feuerwehr, die nachmittags einen Kellerbrand in der Keibelstraße zu löschen hatte und wegen einer Explosion nach dem Weißensee Weg in Hohenschönhausen gerufen worden war, nach der Rheinstraße in Steglitz alarmiert. In dem Hause Nr. 44 war ein Brand ausgebrochen, der größeren Umfang annahm. Beim Eintreffen der Wehr war der Dachstuhl des Hauses, der den Herd des Brandes bildete, stark verqualmt, und die Feuerwehr mußte zwei Züge mit der Löschung beschäftigen. Wassergeben aus drei Rohren dämmte den Brand ein, aber die Wehr hatte mit dem endgültigen Ablöschen noch lange zu tun.

Um 7 Uhr abends wurde die Wehr nach Marienndorf gerufen, wo der Dachstuhl des Hauses Schöneberger Straße 97 in Brand geraten war. Zwei Löschzüge unter Leitung des Branddirektors Podziech hatten längere Zeit zu tun, um eine Ausdehnung des Brandes zu verhindern.

:: **Ein Denkmal** wurde am Sonntag auf dem Garnisonfriedhof für die im Weltkriege gefallenen 52 Offiziere und 1069 Unteroffiziere und Mannschaften des 1. Westpreußischen Fuß-Artillerieregiments Nr. 11 enthüllt. Zahlreich waren die Angehörigen des ehemaligen Regiments erschienen, so aus Soldin, Wittenberg, Kottbus, besonders aber aus der ehemaligen Garnisonstadt Thorn. Etwa 40 Fahnenabordnungen gaben den Gefallenen die Ehre. Die Festpredigt hielt Pastor Hoffmann, Major a. D., aus Hannover über das Johannis-Wort: „Niemand hat größere Liebe denn der, der sein Leben läßt für seine Freunde." Dann hielt Oberst a. D. Hirsch die Weiherede und enthüllte das Denkmal. Zahlreiche Kränze wurden von den Vertretern der einzelnen Regimenter am Denkmal niedergelegt. Das Denkmal zeigt die Barbara, wie sie das schwere Geschoß zum Ziele trägt.

:: **Vom Gerüst stürzten** in der alten Autohalle am Bahnhof Wilsleben bei Glaserarbeiten vier Arbeiter. Der 17jährige Lehrling Kurt Rosenzweig, Grellstraße 17, trug schwere innere Verletzungen davon, ebenso der Geselle Ludwig Kreuzfeld, Swinemünder Straße 122, der außerdem noch einen Oberarmbruch erlitt. Die beiden anderen Arbeiter kamen mit den Schrecken davon.

:: **Er sei in eine Schlägerei geraten und dabei verletzt worden,** erklärte ein Schlächter Arthur Schmidt, der Ende vorigen Monats mit einem Bauchschuß ins Lazarus-Krankenhaus kam. Die Kriminalpolizei erkannte in Schmidt aber einen schon lange gesuchten Verbrecher, der vor einiger Zeit in eine Hühnerfarm in Licht erfelde eingebrochen war und den Farmbesitzer und dessen Schwager durch Messerstiche erheblich verletzt hatte. Bei der Verfolgung war er später von Polizeibeamten angeschossen worden. Schmidt wurde als Polizeigefangener ins Staatskrankenhaus gebracht.

Bekanntmachung.

Auf den am **Donnerstag, den 8. November d. Js., abends 8 Uhr im „Preußischen Hof"** stattfindenden **Elternabend** wird nochmals besonders hingewiesen.

Frau Schulrat Schäfer aus Saalfeld spricht an diesem Abend über das Thema:

„Was können die Eltern zur Gesunderhaltung ihrer Kinder tun".

Nebra, den 7. November 1928. **Der Magistrat.**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonnabend, den 10. Novb., abends 8½ Uhr:

Neuerscheinung des größten historischen Kolossalgemäldes aller Zeiten.

Noch kein Filmwerk ist bis heute größer und prunkvoller geschaffen worden.

Die Errichtung der Bauten des Zirkus Maximus, des Forums und aller historischen Teile Roms dauerte über ein volles Jahr. Sechs Millionen G.-Mark wurden bis zur Vollendung verbraucht, die schönsten Frauen auf dem Kontinent wurden ausgewählt. Die Uraufführung fand unter dem Protektorat des Königs von Italien im schönsten und größten Theater seines Landes statt.

MESSALINA

2 Teile **12 Akte**

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Säuglingsfürsorge
Freitag, den 5. November
nachmittags von 3—4 Uhr
im „Ratskeller".

Heute Donnerstag
feinste Fettbücklinge
Ww. Meitz.

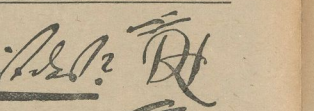
Drucksachen
aller Art in moderner Ausführung
liefert prompt und gut
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!

Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funkzeitschrift! – bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24



Es hat weder Hand noch Mund,
doch zeichnet es prächtige Bilder, und
es kann dir auf 50000 Fragen
gar treffend und fein die Antwort sagen,
und es hat ein grün-leinenes Mäntelein. —
Das wird halt der Kleine Herder sein!

Der Kleine Herder ist ein Lexikon in einem Bande: das vollkommenste und brauchbarste. Über 50000 Artikel. 4000 Bilder und Karten. Gründlich. Praktisch. Handlich. Jedermann verständlich. 30 Mark. Teilzahlungen. Probehefte mit Bildern umsonst in allen Buchhandlungen oder beim Verlag Herder in Freiburg im Breisgau.

Zu beziehen durch die Buchhandlung

Wilhelm Sauer, Roßleben.

Hunderttausende lesen die

WOCHE

Deutschlands populärste Zeitschrift

Das Weltgeschehen im aktuellen Bilderteil.
Eine Fülle guten Lesestoffes: 6 Seiten Roman-Fortsetzung, dazu noch illustrierte Novellen.
Wegweisende Veröffentlichungen über Zukunftsprobleme auf Gebieten der Wissenschaft und Technik.
Vorbildlich in der Herstellung. Photographieähnliche Wiedergabe der Bilder durch Tiefdruck, scharfe vierfarb. Bilder u. Illustrationen.
Es gibt keine zweite deutsche Zeitschrift, die für 50 Pf. Ähnliches an Reichhaltigkeit und Ausstattung bietet.

Sehen Sie: deshalb lesen so viele die „Woche".

Tun Sie es auch!

Die neueste Ausgabe ist immer Donnerstags bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler vorrätig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281108-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 132 — Donnerstag, den 8. November 1928 — 41. Jahrgang

Ab Montag wieder Reichstagssitzung.

Große Aussperrungsdebatte. — Außenpolitische Aussprache. Der Kommunalpolitische Ausschuß.

Berlin, 7. November.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß in seiner gestrigen Sitzung, daß der Reichstag schon am Montag, den 12. November, zusammentreten und als ersten Gegenstand die Anträge zur Aussperrung in Westdeutschland und Aenderung des Schlichtungswesens beraten soll.

In der zweiten Hälfte der Woche wird die außenpolitische Aussprache über Genf, Reparationen und Rheinlandräumung mit den dazu gehörigen Anträgen vom Außenminister Dr. Stresemann durch eine Regierungserklärung eingeleitet. Nach Abschluß der außenpolitischen Aussprache kommen die Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zur Verhandlung.

Bald nach dem Zusammentritt des Reichstages wird vom Präsidenten Löbe eine Konferenz der Vorstände der großen Gemeindeverbände mit den Parteiführern wegen Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses einberufen werden. Da die acht Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei als Hospitanten zur Wirtschaftspartei hinzugetreten sind, soll die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend neu geregelt werden.

Die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches.

Feststellungsklage im Ruhrkampf.

Essen, 7. November.

Der Arbeitgeberverband Nord-West hat die Feststellungsklage über die Rechtsgültigkeit des Lohnschiedsspruches vom 27. Oktober nunmehr beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereicht. Das Arbeitsgericht Duisburg hatte die Verhandlungen ursprünglich auf den 23. November festgesetzt. Auf Einwirken der am Streit beteiligten Parteien wurde der Termin aber auf den 16. November vorverlegt. Wahrscheinlich wird man sich mit dieser Entscheidung aber nicht zufrieden geben, sondern in der Sprungrevision das Urteil des Reichsarbeitsgerichts in Leipzig erstreben.

In den einzelnen Stadtparlamenten sind Bestrebungen im Gange, den ausgesperrten Arbeitern eine Unterstützung in Form von Naturalien zukommen zu lassen, wie das schon bei dem großen Bergarbeiterstreik im Januar 1924 geschah.

Keine Erwerbslosenunterstützung für die Ausgesperrten.

Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung wird jetzt amtlich mitgeteilt:

Unbeschadet einer Entscheidung im Spruchverfahren hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung eingehend die Frage geprüft, ob Arbeitnehmer, die von der Massenentlassung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie betroffen sind, Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Er muß jedoch diese Frage verneinen. Er betrachtet die Massenentlassung als eine Aussperrung. Arbeitslose, die ausgesperrt sind, dürfen aber nach Paragraph 94 Abs 1 AVAVG. während der Dauer der Aussperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Preußischer Landtag zum Ruhrkonflikt.

Stellungnahme der Regierung steht noch aus.

. 7. November.

tn gestern seine
rausperrung im
r Konkurs einer
be von den Kom-
dem es mehrere
ng der preußische
en wurde. Vier
in einer Stunde

die Ausper-
beratungen lagen
mokratischer und
der Demokraten

den der Antrag-
aufforderten, bei
lichtung des Ar-
war, daß fast
s Konfliktes ein-

icht zu Ende ge-
esetzt. Dann ist
ng zu erwarten,

Paris.

t parlamenta-
ehen hatte, daß
ei. Herriot,

es trotz der Stellungnahme des radikalsozialen Parteitages fertig bekommen würde, durch seine Anpassungsfähigkeit und durch seine schmiegsame Verhändlergabe dem Kabinett Poincaré in diesem außenpolitisch so überaus entscheidungsschwangeren Augenblick eine Krise zu ersparen, sind nunmehr die radikalsozialen Minister aus dem Kabinett Poincaré ausgeschieden. Poincaré selbst sah sich daraufhin im Rückblick auf seine früheren Erklärungen genötigt, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts noch am gleichen Tage einzureichen.

Auf dem radikalsozialen Parteitag, der vor wenigen Tagen stattfand, hatte bekanntlich der junge, als Redner und Taktiker glänzend befähigte Abgeordnete Montigny, einer der intimsten Gefolgsmannen Caillaux's und also Vertreter des linken Flügels der Partei, eine Tagesordnung eingebracht, die schärfste Kampfansage gegen das Kabinett Poincaré bedeutete und die von der Tagung angenommen wurde. In dieser Tagesordnung wandte sich der Parteitag gegen die bekannten Artikel 70 und 71, d. h. gegen die Wiederzulassung einiger derjenigen katholischen Bruderschaften und Verbände, die durch das Gesetz von 1904 aus Frankreich verwiesen worden waren und denen jetzt gleichzeitig mit ihrer Rückkehr auch ein Teil ihres früheren, seinerzeit beschlagnahmten Besitzes zurückgegeben werden soll. Außerdem wurde es den radikalsozialen Abgeordneten durch die Tagesordnung Montigny zur Pflicht gemacht, für eine Verringerung der Militärausgaben um eine Milliarde, für den Ausbau der Steuern, für uneingeschränktes Koalitionsrecht einzutreten und derjenigen Regierung ihre Stimme zu verweigern, die dieses Minimalprogramm der radikalsozialen Partei nicht annehmen würde. Poincaré selbst hat sich in allen diesen Fragen seit langem in einem Sinne festgelegt, der den radikalsozialen Forderungen diametral entgegengesetzt ist. Es ist somit nicht recht verständlich, wie die Pariser parlamentarischen Kreise trotzdem einen frisenlosen Ausgang prophezeien konnten. Wie so oft wird eben wieder einmal der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein.

Mit dem Rücktritt der radikalsozialen Minister wiederholt sich im großen, d. h. auf dem Felde der allgemeinen französischen Politik, das gleiche Spiel, das die inneren Vorgänge in der radikalsozialen Partei bereits seit Monaten beherrscht: der Kampf zwischen Caillaux und seinen entschieden gegen jede Zusammenarbeit mit den Kreisen um Poincaré eintretenden Freunden gegen den einer Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Mitte eher geneigten Herriot und seine Gefolgschaft. Caillaux hat bei diesem Kampf vorläufig die Oberhand behalten. Er und seine Freunde empfinden, abgesehen von den recht stark mitsprechenden persönlichen Momenten, das Zusammengehen mit den Politikern des früheren nationalen Blocks als eine schwere Belastung für die radikalsoziale Partei, deren schlechtes Abschneiden in den letzten Wahlen sie gerade auf diesen Umstand zurückführen. Sie empfinden die augenblickliche Lage, in der Poincaré nach der erfolgten Stabilisierung des Franken seines Hauptnimbus als wirtschaftlicher Retter des Vaterlandes im wesentlichen schon wieder entkleidet ist, wo die außenpolitische Situation durch die Gefährdung der in den radikalsozialen Massen populären Locarnopolitik und das gemeinsame Scheitern des Abrüstungsgedankens und der neuen französisch-englischen Annäherung eine ungewöhnlich komplizierte ist, als taktisch geeignet, um endlich die Sprengkapsel in das Kabinett der bekämpften Poincaré-Koalition zu legen und der radikalsozialen Partei ihre parlamentarische Aktionsfreiheit zurückzugeben.

Daß man als äußeren Anlaß zu dem seit Wochen im Gange befindlichen Kampf gegen das Kabinett gerade die Frage der Rückkehr der katholischen Verbände genommen hat, ist keinem Kenner der französischen Verhältnisse weiter verwunderlich. Der seinerzeit von den Radikalsozialen noch unter Führung Clémenceaus durchgefochtene Kampf gegen Klöster und Geistlichkeit schwingt noch heute in den Seelen der gesamten linksgerichteten französischen Wählerschaft nach, und die radikalsoziale Partei hätte sich als Kulisse für ihre machtpolitischen Wünsche kaum einen geeigneteren Gegenstand wählen können. Caillaux, der sich unbedingt wieder an die Spitze seiner Partei zu setzen wünscht, hat in keiner Weise die Niederlage vergessen, die er unmittelbar nach seinem Wiedereintritt in das politische Leben als Finanzminister bei seinen Versuchen zur Rettung des Franken einstecken mußte. Dieser kalt berechnende Politiker weiß genau, wie unpopulär die schweren Steuer- und Militärlasten in weitesten Kreisen der Bevölkerung sind. Es ist kaum anzunehmen, daß er danach strebt, in einem Augenblick, der so viele und bedeutsame Anforderungen an die Verantwortungsfreudigkeit eines Kabinetts stellt, selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. Aber sicher ist gerade eine Situation wie diese für eine zielbewußt geleitete Opposition durchaus geeignet, um mehr oder weniger billig erkaufte Lorbeeren einzuheimsen.

Kabinett Poincare demissioniert.

Regierung der „nationalen Einigkeit" auseinandergefallen.

Paris, 7. November.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat dem französischen Staatspräsidenten die Demission seines Gesamtkabinetts überreicht. Der Rücktritt wurde genehmigt. Ursache für diese Demission war der Rücktritt der vier Minister der radikal-sozialistischen Partei Herriot, Sarraut, Queuille und Perrier. Man glaubt, daß Poincaré wieder mit der Neubildung der Regierung betraut würde.

Die Demission der radikal-sozialistischen Kabinettsmitglieder war die direkte Folge des Parteitages in Angers, wo die Radikal-Sozialisten eine Entschließung annahmen, in der der Regierung besonders scharfe Richtlinien gestellt wurden und worin insbesondere Stellung gegen die Minister der äußersten Rechten genommen wurde. Am Vormittag trat dann der Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, an der bereits die ausgeschiedenen Minister nicht mehr teilnahmen. In dieser Sitzung faßte das Kabinett den Beschluß des Gesamtrücktritts.

Wie sich die Dinge jetzt weiter entwickeln werden, steht noch dahin. In Pariser informierten Kreisen nimmt man allerdings an, daß auch diesmal wieder Poincaré mit der Neubildung der Regierung beauftragt würde, weil sich die Beschlüsse des radikal-sozialistischen Parteitages nicht so sehr gegen die Person Poincarés als vielmehr gegen die rechtsradikalen Minister wandten, mit denen die Linke nicht mehr zusammengehen will. Sollte also Poincaré die Möglichkeit sehen, ohne die radikale Rechte eine neue Regierung zu bilden, so dürfte er einen entsprechenden Auftrag des Staatspräsidenten annehmen.

Die Rumänen jubeln über Bratianus Rückkehr.

Zur Bukarester Kabinettskrise.

Bukarest, 6. November.

Die Nachricht von der Demission des Kabinetts Bratianu hat bei der Bevölkerung großen Jubel ausgelöst. In zahlreichen Orten wurden die Gebäude der liberalen Partei zerstört. Bratianu, Averescu, Jorga und Lupu suchen auf die Regentschaft in dem Sinne einzuwirken, daß sie eine Konzentrationsregierung fordern.

Welche Lösung auch immer die Krise finden wird, sicher ist, daß eine Regierung gegen die nationale Bauernpartei nur Unruhe hervorrufen würde. Deswegen kann man nur mit einer Regierung Maniu rechnen, da eine Konzentrationsregierung bei der jetzigen Lage ausgeschlossen sein dürfte.

Liberaler Wahlsieg in Nikaragua.

London, 6. November. Nach Meldungen aus Managua in Nikaragua ist, soweit sich das Wahlergebnis bisher abschätzen läßt, der liberale Kandidat General Jose Maria Moncada mit einer Mehrheit von etwa 10 000 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

Dr. Eckener verhandelt noch in Berlin.

Berlin, 7. November.

Der „Graf Zeppelin" ist gestern nachmittag um 3.30 Uhr wieder glücklich in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff hatte vor dem Niedergehen noch verschiedene Schleifen ausgeführt und wurde bei der endgültigen Landung von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begeistert begrüßt.

Der Start in Berlin erfolgte morgens kurz nach 7 Uhr. Die Berliner hatten es sich nicht nehmen lassen, auch bei dem Abschied trotz der frühen Morgenstunde anwesend zu sein. Große Menschenmassen umsäumen das Flugfeld, als endlich das Luftschiff vom Ankermast losgemacht wurde und unter brausendem Gedröhn der Propeller langsam in die morgendliche Frühe auffstieg.

Den Rückweg nahm das Luftschiff über Dessau, Halle, Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Gera, Plauen usw. Es wurde somit vielen Städten Gelegenheit gegeben, das Luftschiff auf seiner stolzen Fahrt zu bewundern.

Dr. Eckener hat die Rückfahrt mit dem Zeppelin nicht mitgemacht, sondern ist noch in Berlin geblieben. Die Verhandlungen, die er gegenwärtig führt, erstrecken sich nicht auf die von den Reichs- und Staatsbehörden anläßlich des Empfanges angekündigte Unterstützung, sondern sie gelten auch den Besprechungen mit den Vertretern der großen Schiffahrtsgesellschaften und der Lufthansa, die sich für das Problem des Transatlantikverkehrs mit Luftschiffen in hohem Maße interessieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219281108-16/fragment/page=0005